

die sogar in diesem Bericht immer noch Ausdruck finden, nämlich daß weitere Anleihen als Zehntel auf eine unbestimmte Zahl von Jahren an die im Weltkrieg gezeichneten Staaten vom deutschen Volke bezahlt werden sollen, moralisch verfehlt, politisch unklar und wirtschaftlich katastrophal sein. Sollte der in diesem Dokument ausgearbeitete Plan bestehen, so dürfte sich keine britische Regierung je weiter mit einer Politik identifizieren, die die Bezahlung unmittelbarer Summen in Geld oder Waren vom deutschen Volke fordert. Nach der Annahme des Berichtes durch die deutsche und französische Regierung müßte England unverzüglich auf jeden weiteren Reparationsanteil verzichten bzw. vorausgesetzt, daß dieser Bericht die Gesamtsumme, die bezahlt werden müßte, um einen entsprechenden Betrag vermindert. Außerdem müßte Großbritannien Deutschland einladen, um Maßnahmen in den Westerbund nachzuschicken und die Forderung, den Anspruch Deutschlands auf einen Sitz im Völkerbund unter den gleichen Bedingungen wie für die anderen Großmächte unterzügen.

Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Erklärung natürlich nicht eine amtliche ist, da die Union of Democratic Control nur eine private Kommission ist.

**„Solidarität.“**

Die französischen Sozialisten interessieren sich nicht für eine Milderung des Sachverständigenrats.

Genf, 23. Mai. Die Pariser kommunistische „Humanité“ wendet in ihrer Mittwochs Ausgabe, daß die sozialistischen Gewerkschaften Frankreichs (C. G. T.) ein Ersuchen der deutschen Gewerkschaften, für eine Milderung der Expertenvor schläge einzutreten, bereits am 20. v. M. einstimmig abgelehnt haben. Die Ablehnung sei damit begründet, daß die Experten vor schläge bereits von der deutschen Regierung als tragbar anerkannt und angenommen worden wären.

**Waldverwüstungen durch die Franzosen.**

Berlin, 23. Mai. Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident sich mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt und ihn auf die außerordentlich großen finanziellen Schäden und Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die für Preußen mit der Beschlagnahme seiner Staatsforsten in den besetzten Gebieten und mit der Verwaltungspraxis der Franzosen und Belgier in den Staatswäldern verbunden sind.

Der amtliche preussische Pressedienst erzählt hierzu, daß sich für das Wirtschaftsjahr 1923/24 ein Einschlag von rund 1 Million Hektar in den beschlaggenommenen preussischen Staatsforsten herausstellt, die dreifache Menge des jährlichen Abwundungsfalles der Hautnutzung. Dazu kommen die Brennholzleere der Bornnutzung, die zur Versorgung der bisher auf den Staatswäldern angelegenen Gemeinden bestimmt ist. Nach den Vorbereitungen der Befehlshaber für das Wirtschaftsjahr 1924/25 ist schließend, recht schlimme Waldverwüstungen zu befürchten.

**Die Drangsalierung Düsseldorf.**

Berlin, 23. Mai. Im Verlaufe ihrer Sanktionsmaßnahmen in Düsseldorf hat die französische Besatzungsbehörde weitere Anforderungen an die Stadt gestellt und verlangt, daß die betreffenden Wohnungen bis morgen abend geräumt sein müssen. Die Ansassen der betreffenden Wohnungen müssen, da anderweitige Räume nicht zur Verfügung stehen, in Schulräumen untergebracht werden, was natürlich eine große Einschränkung des Schulbetriebes im Gefolge hat. Auch in Duisburg sind bereits 964 Schulräume außer den Schulen und Tonhallen besetzt, um als Privatwohnungen zu dienen. In Solingen sind infolge der Maßnahmen der Besatzungsbehörde die Schulkinder nicht ausreichend beschult.

**Neue französische Bankräubereien.**

Wie die Reichsbankstelle Ludwigschafen berichtet, ist dort am Freitag früh ein französischer Oberleutnant in Besatzung eines Postkutschers und mehrerer bewaffneter Bedarmen erschienen und hat dem ersten Beamten der Reichsbankstelle eine Verfügung der Rheinlandkommission vorgelesen, nach der die Eisenbahnregie gewisse Entschädigungsforderungen auf Grund von Sabotagehandlungen durch eine Reihe von preussischen Gemeinden nicht habe eintreiben können. Auch die Regierung in Speyer habe die Entschädigungsforderungen nicht bezahlen können. Daher halte sich die Regie an das Reich und beschlagnahme hiermit bei der Reichsbankstelle Ludwigschafen 1 861 000 französische Franken.

Die Beamten teilten dem Kommando darauf mit, daß die Gelder der Reichsbank nicht Reichsgelder, sondern Privatgelder seien. Angesichts der mitgebrachten Gewehre erwiderte Widerstand ausgeschlossen, und so hat die Reichsbankstelle unter der Erklärung, daß sie nur der Gewalt weichen, sich gezwungen gesehen, die verlangten Gelder herauszugeben. Der Kasse wurden 53000 französische Franken und 500 000 deutsche Rentenmark entnommen.

**Die französische Regierungsbildung beginnt.**

**Herriots Aufruf gegen den Poincarismus.**

Paris, 22. Mai. Abgeordneter Herriot greift in einem Artikel in der „Information“ in den Streit der französischen Parteipresse um die Finanzpolitik des linkslinken Kabinetts ein. Er weist die Angriffe der Rechten zurück und schließt mit einer Art Appell an das Ausland. Er erklärt, er wolle mit der Rechten Frankreich verteidigen und ihm seine Reparationen liefern. Aber wie wollen auch, daß jedes Volk leben kann, wie wollen den Frieden!

Obst alle nicht auf, was Westländer in Frankreich, den Welt und gegeben in den Krieg Jahre. Selbst und in unserem Kampfe gegen die Verlaumber! Selbst und bei unseren Hoffnungen, das wahre, wohlwollende und feindselige Unheil zu entstellen! Wir schreien zu Euch, das wertvolle Frankreich spricht nicht aus jenem Betrugsmaschinen, die den Haß auf der Stiene geschrieen tragen und gegen jeden sozialen Fortschritt eine Barrikade des marstischen Frankens aufrichten. Freunde des republikanischen Frankreich, der Demokratie und des Friedens! Wo Ihr auch seid, helft uns und gebt Euch nicht am dem Wandel gegen Eurs Währung her! Der Geldraub gegen den Franken ist nur ein erbärmliches in n e r v o l l i g e s M a n ö v r e .

**Painlevé Kammerpräsident.**

Paris, 23. Mai. Im Verlaufe des gestrigen Tages ist versucht worden, einen Versuch von wichtigen Verhandlungen zwischen den Führern der französischen Sozialistenpartei eine Klärung der Lage bezüglich der Majoritätsbildung und der Bildung des neuen französischen Kabinetts herbeizuführen. Eine endgültige Vereinbarung über die Kandidatur ist erst möglich, wenn die Sozialisten sich geeinigt haben, was Anfang Juni auf dem Parteitag geschehen soll. Man wird dann erfahren, ob die Sozialistische Partei gewillt ist, aktiv an der Regierungsbildung teilzunehmen.

Herriot hat inwischen gestern Zusammenkünfte mit Deland und dem Senatspräsidenten Doumergue gehabt. Er wird sich heute vormittag eingehend mit Poincaré im Quai d'Orsay über die Frage der auswärtigen Politik unterhalten. Poincaré seinerseits hatte gestern eine lange Aussprache mit Painlevé, der sich um 4 Uhr nachmittags ins Quai d'Orsay begab und beim Verlassen des französischen Ministeriums des Neuhern einigen Journalisten erklärte, es habe sich lediglich um eine private Unterhaltung gehandelt. Im Verlaufe des Abends wurde abends offiziell bekannt, daß Painlevé unter dem Einfluß „dringender und wiederholter Schritte seitens der verschiedenen republikanischen Gruppen aller Schattierungen in der Kammer“ sich entschlossen habe, offiziell als Kandidat für den Präsidentenposten in der neuen französischen Kammer aufzutreten. Es werden damit eine Menge Gerüchte, die in der letzten Zeit im Umlauf waren, zunichte gemacht.

Paris, 24. Mai. Nachdem der Abgeordnete Painlevé, wie gemeldet, sich offiziell dazu bereit erklärt hat, seine Kandidatur für den Vorsitz in der Kammer aufzustellen, hat der „Devoir“ zufolge der Vorsitzende der alten Kammer Raoul Peret den Entschluß gefaßt, sich nicht wieder zur Wahl zu stellen.

**Ein neuer Morgankredit zur Frankenlösung.**

Rotterdam, 23. Mai. Die „Morningpost“ meldet aus Paris, daß die Bank von Frankreich einen neuen Morgankredit von 100 Millionen Franken zur Stützung der französischen Baluta aufgenommen habe. Man hofft in Paris, den Franken bis zur Durchführung der Expertenentschlüsse in Deutschland halten zu können, weshalb man auf eine Beschleunigung der Verhandlungen und auf das Inkrafttreten der Expertenmaßnahmen bis 1. Juli d. J. dringe.

**Der Franken stürzt dennoch weiter.**

Der Rotterdamsche „Courant“ meldet aus Neuhort: Der Stillstand im Frankenträgung war nur noch kurzer Dauer. Der Franken ist am Donnerstag erneut gefallen. Umlich nur nach 5,53 mit 5,45 notiert. Nachbörlich senkte sich der Kurs bis auf 5,35.

**Russisches Säbelraseln.**

„Daily Mail“ meldet aus Riga: Die Moskauer „Pravda“ veröffentlicht den Aufruf der Sowjetregierung an die Rote Armee, sich zur Verteidigung der revolutionären Erzeugnisse militärisch bereitzustellen und auf die enge Verbindung der Armee mit dem Proletariat hinzuwirken. Gleichzeitig wird die Wiedereinsetzung der Zivilkommissare bei allen Korpsformationen der Roten Armee angeordnet, wie sie kurz vor dem Feldzug gegen Polen 1920 eingesetzt waren.

**Sikorski fordert Verstärkung der polnischen Luftwaffe.**

Nach der „Katholischer Zeitung“ sprach der polnische Kriegsminister Sikorski in Lodz über die Notwendigkeit, daß Polen sich sofort auf Luftverteidigung einstelle. Die gesamte Wirtschaft müsse beim Aufbau der Luftflotte Polens mithelfen.

Ein Rechtsgutachten im Berlin-Moskauer Konflikt. Im deutsch-russischen Konflikt hat die Reichsregierung die Ausarbeitung eines Rechtsgutachtens durch das Reichsjustizministerium in Angriff nehmen lassen. Erst nach Vorliegen des Gutachtens wird die deutsche Antwort nach Moskau gehen. Inwieweit sie Gegenvorschläge enthält, hängt von dem Inhalt des Gutachtens ab. Inzwischen hat der deutsche Botschafter in Moskau im Auftrag der Reichsregierung gegen die Schließung deutscher Handelsniederlassungen in Rußland durch die Sowjetregierung Protest erhoben. Oberregierungsrat Weich wieder im Amt. Der infolge der Durchscheidung der russischen Handelsvertretung seines Amtes entbundene Chef der politischen Botschaft, Oberregierungsrat Weich, verfehlt seine Dienstgeschäfte im Polkaelpräsidium wieder.

Reichsindexziffer für Lebenshaltung. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Bekleidung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Mittwoch, den 21. Mai, auf das 1,166 Millionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,16 Millionen) ist demnach eine Abnahme von 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Eine Fraktionsauflösung in Hamburg. Anlehnung mit der landwirtschaftlichen Fraktion in Hamburg findet auch eine Fraktionsauflösung in der Zeit vom 20. Mai bis 2. Juni statt, die vom Hamburger Radikalklub im Hamburger Radikalklub veranfaßt ist. Die Verfassung wird durch drei Präsidenten des Hamburger Senats, Bürgermeister Dr. Petersen, erfolgen.

**Von Stadt und Land.**

Mus, 24. Mai.

**50jähriges Bestehen der Schängengilde von Aus.**

Vom 24. bis 27. Mai hat die Schängengilde von Aus die Feier ihres 50jährigen Bestehens ab, die heute abend mit einem Festkommers im Bürgergarten beginnt. Am Sonntagmittag 12 Uhr stellt der sportlich-historische Festzug, nachmittags 16 Uhr beginnt das Schießen nach den Festschützen. Geschossen wird nach am Montag und Dienstag, bis am Abend die Preise in der Festhalle verteilt werden. Zu diesem großen Jubiläumsschießen haben, wie uns mitgeteilt wird, etwa 80 Vereine des Erzgebirges ihre Beteiligung zugesagt und das ganze Fest verpricht also schon durch die starke Beteiligung ein hervorragendes zu werden. Die Auer Schängengilde ist bekannt durch ihre guten Leistungen; es wird also einen harten Kampf um den Sieg geben. Hoffentlich schneiden unsere Auer Schützen recht gut ab! Im übrigen ist auch für Volkshelmsung hinreichend gesorgt auf dem Festplatze, wo unter anderem auch ein Zirkus aufgebaut worden ist. Wichtige das ganze Schießen so verlaufen, daß sich alle Teilnehmer ihr ganzes Leben hindurch daran recht gern erinnern. Wäheres ist im Infanterieteil nachzusehen.

Von ganz besonderer Bedeutung für diese Veranstaltungen der Auer Schängengilde ist es, daß, wie uns soeben mitgeteilt wird, das Ministerium des Innern in letzter Stunde die Umzüge unter freiem Himmel sowie Tragen von Unter- und Obergewehr erlaubt hat.

Museumsblätter. Der heutigen Nummer liegt die dritte Lieferung der vom Museumsverein Aue begründeten Museumsblätter bei. Unmittelbar auf Aues Geschichte bezüglich sind der Beitrag von Dr. Sieber über das Blaurabenwerk Niederzarnen, sowie der Aufsatz von Studientrat Leistner (Schneeberg) über die Geschichte des Hühnergrabens. Allgemein anregend ist der Artikel von Lotka Enderlein (Dresden), einem Forscher auf dem Gebiete erzgebirgischer Delma- und Familiengeschichte, der neulich im Erzgebirgsvereinsrat Schwargenberg über die erzgebirgische Geschichte gesprochen hat. Enderlein will Fingerzeige geben, wie ein jeder die Geschichte seiner Vorfahren nachforschen kann. Das Heftchen eignet sich gut zum Aufheben und kann später mit den weiteren Lieferungen der Museumsblätter zu einem Wändchen gebunden werden.

Falsche Reichsbanknoten zu 2 Millionen Mark der 1. Ausgabe vom 5. November 1923 und zu 1 Million Mark der 1. Ausgabe vom 1. November 1923 werden zurzeit in größerer Anzahl verbreitet. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß die echten 2-Millionen-Roten als Schutz ein Wasserzeichen in einem Linienmuster (sogenanntes R-Muster) oder im Fingermuster und in einem gitterartigen Muster mit dem ständig wiederkehrenden Buchstaben S aufweisen. Der Schutz der echten 1-Millionen-Mark-Roten besteht in einem auf der rechten, violet gefärbten Seite des Papiers enthaltenen Wasserzeichen (Eichenlaub und Preußendorn darstellen) sowie den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern. Die Fasern sind bei den meisten Fälschungen durch Druckstriche nachgeahmt, lassen sich also mit einer Nadel vom Papier nicht abheben, woran die Fälschungen leicht zu erkennen sind. Das Wasserzeichen fehlt den Fälschungen entweder ganz oder es ist durch Aufdruck mangelhaft nachgeahmt. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Die Reichsbank zahlt nach ihrem Ermessen denjenigen Personen, durch deren Mithilfe die Festnahme der Hersteller von falschen Banknoten ermöglicht wird, hohe Belohnungen.

Rordseereise. In der Zeit vom 21. bis 29. Juni unternimmt der Leipziger Seereiseflub mit seinen Gästen eine Nordseereise, die sich von bisherigen Veranstaltungen dadurch unterscheidet, daß sie eine ausgiebige Seefahrt genährt. Fünf volle Tage steht dem Klub der bekannte Dampfer Kaiser der Hamburg-Amerika-Linie zur Verfügung. Die Teilnehmer sehen einen guten Teil der deutschen Nordseeküste, die großen Seebäder Westerland und Wyl auf Föhr, und vor allem die Insel Helgoland auf wohlfeile Art und unter zmer Leitung, die sich seit Jahren als ortskundig bewährt hat. Nähere Auskunft erteilt die General-Agentur der Hamburg-Amerika-Linie Leipzig, Augustusplatz, und der Reiseleiter, Herr Hermann Wolff, Leipzig, Crottenborfer Straße 7.

**Generalversammlung des Industrieschutzverbandes.**

Der über 10 000 Industriebetriebe umfassende Deutsche Industrieschutzverband, Sitz Dresden, die Streikentscheidungsorganisation der deutschen Arbeitgeber, hält am 31. d. M. seine 18. Generalversammlung ab.

Rund 150 000 Goldmark für Schäden aus Arbeitszeinstellungen hatte er in den ersten 4 Monaten des Jahres 1924 an seine Mitglieder zu zahlen. Leider lassen sich die Gewerkschaften nicht von den Geboten volkswirtschaftlicher, sondern von reinen Klassenkampfinteressen leiten und vor allem beweisen sie durch ihr Verhalten bei dem naturnotwendigen Bestreben nach Erhöhung der Arbeitszeit aus Deutschland, daß sie sich jeweils nur auf nachschießende, Augenblickserfolge vorstürzende Ziele einzustellen, nicht aber die tatsächliche Auswirkung ihrer Forderung zu übersehen vermögen, oder wenn sie es doch könnten — ihre bessere Ueberzeugung (vorübergehenden Agitationserfolgen zuliebe) der Meinung der von ihnen Gefährdeten unterordnen. So wird denn aller Voraussicht nach damit zu rechnen sein, daß auch weiterhin die deutsche Industrie von Arbeitskämpfen betroffen und daß wahrscheinlich das Jahr 1924 eines der freitreibsten werden wird.

Man übersteht bei den Arbeitnehmern vielfach, daß nicht der Arbeitgeber, sondern die gesamte Volkswirtschaft in erster Linie unerfessbaren Schäden erleidet, denn die Arbeitgeber sind in der Lage, sich gegen die finanziellen Schäden aus Arbeitszeinstellungen durch die Mitgliedschaft bei der eingangs erwähnten Organisation zu sichern.

**Bestirzung der sächsischen Fischer.**

Ueber 1000 Fischermänner Sachsens hatten sich zum Bestirzung am 19. und 21. Mai in Annaberg eingefunden. Die Hauptversammlung wurde am 21. Mai abgehalten. Der Verbandsvorsitzende, Obermeister Dreßler-Freiberg, wandte im Jahresbericht den Blick zurück auf die schwere Zeit der Inflation. Syndikus Dr. Diegel sprach über die Lage im Gewerbe. Die Einzelgewerbe muß gestärkt werden; aber wenn Reich, Staat und Gemeinde gefunden sollen, müssen Steueropfer gebracht werden. Ausnahme- und Sonderbestimmun-

gen m... werden... Gegen... stellen... der sta... forder... schaffun... B... die Res... Danbro... 10 Wan... man di... Der 00... auf 8... gefant... mitgite... Annab... (Schwa... Konger... an... 1919 5... auf das... 1922: 4... Hochfl... reits ei... ewangel... 10 848... Person... men 18... einzeln... Zeitig... tritten... Austrit... aufsum... 12 740... also 62... ewangel... hÄltnis... wehnen... 1921: 4... Uebertr... die refe... von 25... aufweil... bern de... heimlich... sie ihre... treten... ober w... tretend... Ermittl... De... der Lei... Rufftri... des pr... Verfüg... Zeitig... form: ... für we... apparat... Art —... Verlag... W... rung u... Frieden... lich der... aufsehen... Wieten... werden... Reihe... Prozen... gehen... Prozen... denten... W... und zu... Prieftr... zu war... holtem... jeder V... gongst... bringen... stonem... mit ge... Weid... des U... rauben... den de... besser... die D... lösten... vorgef... W... vermitt... markt... Die G...